

# Attac AG Europa



## **Zur Lage der EU 2024 Alternativer Report**

**Inhalt:**

**Einleitung:**

<b>Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Weht in Brüssel ein neuer Wind?</b>	
<b>Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Rechtsentwicklung in der EU</b>	<b>Seite 14</b>
<b>Fake und Flop - der „Green Deal“ der EU</b>	<b>Seite 17</b>
<b>EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus</b>	<b>Seite 20</b>

Der Report wurde von einer Redaktionsgruppe erarbeitet, der Isolde Albrecht, Elke Hügel, Hans-Jürgen Kleine und Peter Wahl angehörten. Zudem sind Anregungen und Kommentare aus der AG-in den Text eingeflossen. Wie immer bei Texterarbeitung im Kollektiv, muss nicht jede einzelne Formulierung von allen mitgetragen werden.

Erscheinungsdatum: Mai 2024

V.i.S.d. P.: Hans-Jürgen Kleine, Mathesenhofweg 81, 50859 Köln

# Einleitung

## Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU

*Die EU-Kommission gibt alljährlich im September den Bericht ‚State of the Union‘ (Zur Lage der Union) heraus und trägt ihn im Plenum des EU-Parlaments vor. Vor allem Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat es in den letzten Jahren verstanden, den Anlass mit viel Pathos zur euro-nationalistischen Inszenierung zu nutzen. Inhaltlich handelt es sich um ein PR-Produkt, das die Politik der EU in rosa-rotes Licht taucht und Pläne für die Zukunft vorstellt. Probleme, soweit sie vorkommen, gelten als Herausforderungen, die man selbstverständlich meistern wird. Wie in euronationalistischen Narrativen üblich, bewegt sich der Report oft hart am Rande von Kitsch, z.B. wenn von „Seele Europas“, von „Stolz“ und „Visionen“ die Rede ist, und geprahlt wird: „Europe is among the world leaders.“<sup>1</sup> Die bundesweite Attac-AG EUropa stellt demgegenüber im Folgenden anlässlich der Wahlen zum Europaparlament 2024 einen alternativen Report zur Lage der EU vor, der emanzipatorischer Kapitalismusanalyse und kritischer Gesellschaftstheorie verpflichtet ist.*

Die Wahlen zum Europaparlament (EP) im Juni 2024 finden in einer äußerst angespannten Situation statt. Krieg in der Ukraine und in Nahost und anderen Teilen der Welt, Umbrüche im internationalen System, Umweltkatastrophen, die Pandemie, Strukturprobleme der Wirtschaft, Vertiefung sozialer Spaltungen, Krise der Demokratie und technologische Innovationen von großer Tragweite wie KI etc., deren Folgen noch nicht absehbar sind.

Bereits davor steckte die EU in einer Kette von Krisen. Zuerst die Finanzkrise 2007/8, dann die Eurokrise mit der Knebelung der Syriza-Regierung in Griechenland. Beide sind nicht wirklich gelöst worden. Die Regulierung der Finanzmärkte ist unvollendet, und die strukturellen Widersprüche des Eurosystems bleiben bestehen. Zwar speit der Vulkan derzeit kein Feuer, aber es kann jederzeit zu neuen Eruptionen kommen. Der BREXIT, das Ausscheiden der zweitgrößten Volkswirtschaft und Atommacht war eine dramatische Schwächung der Position der EU in der Welt.

Die EU ist von all den Problemen in höherem Maße betroffen als vergleichbare Nationalstaaten. Denn ihre Handlungsfähigkeit ist angesichts der Komplexität ihrer Strukturen und Verfahren sehr viel geringer. Die Fähigkeit zu Problemlösungen schrumpft und es drohen Kontrollverluste. Die EU ist und bleibt ein prekärer Mix aus einer Allianz von Nationalstaaten einerseits und Elementen supra-nationaler Staatlichkeit andererseits.

Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht mehr ändern. Seit der Osterweiterung hat die Heterogenität der EU derart zugenommen, dass das Endziel der Integration einer „immer engeren Union“, die „Vereinigten Staaten von Europa“, endgültig zur Illusion geworden ist.

Für die Menschen und den Frieden in Europa - also nicht nur in der EU - und in der Welt hält die EU keine guten Perspektiven bereit. Es ist an der Zeit, dass die gesellschaftliche Linke angesichts der turbulenten Veränderungen wieder über grundlegende Alternativen für ein anderes Europa, für das ganze Europa nachdenken sollte.

---

<sup>1</sup> State of the Union 2021. STRENGTHENING THE SOUL OF OUR UNION.  
[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH\\_21\\_4701](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_21_4701)

## Gesellschaftliche Rechtsentwicklung

Die vielen Krisen haben sich zu einem regelrechten Krisenknäuel verknotet, das viele Menschen verunsichert und Orientierungslosigkeit erzeugt. Instabilität im politischen System ist die Folge, einhergehend mit einem generellen gesellschaftlichen Rechtsruck. Spitze des Eisbergs ist der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Die Spitzenkandidatin der Konservativen, von der Leyen, die sich schon jetzt bestens mit der postfaschistischen Ministerpräsidentin Italiens versteht, hat bereits Bündnisbereitschaft mit jenen Rechten signalisiert, die „für die NATO und für die Ukraine“ sind.<sup>2</sup> In der Migrationspolitik hat Brüssel bereits viele Positionen von rechts außen übernommen.

## Abmilderung des Neoliberalismus und Sehnsucht nach Großmacht

Angesichts des enormen Problemdrucks hat das Brüsseler Krisenmanagement einige Kurskorrekturen vorgenommen. An der Spitze stehen dabei zwei Prozesse:

- *die Erosionserscheinungen des neoliberalen Leitbildes*, die mit der Bankenrettung begannen und der Rückgriff auf Staatsinterventionismus mit den Rettungsmaßnahmen für hochverschuldete Mitgliedsländer bis hin zum *Green Deal* und jüngst eine Flexibilisierung des Stabilitätspakts. Es häufen sich industriepolitische und protektionistische Maßnahmen. Die Frage ist, ob das eine Abkehr vom Neoliberalismus ist und womöglich eine neues Akkumulationsmodell entsteht, oder ob es sich nur um vorübergehendes Krisenmanagement handelt.
- *die Versuche, Weltmachtstatus zu erlangen und eigenständiger Pol in der multipolaren Weltordnung zu werden*. Damit verbunden ist an erster Stelle die Konfrontation mit Russland, in der die EU seit den Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag mit der Ukraine 2007 eine Vorreiterrolle spielt. Der russische Einmarsch in die Ukraine und der Übergang des Krieges zum Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Nato/EU/USA gab Brüssel die Gelegenheit, zum scharfmacherischen Kriegstreiber zu werden. Gleichzeitig dient der Krieg als Legitimation für Aufrüstung, Militarisierung, Zensur und Repression nach innen und zum Übertünchen der vielen inneren Bruchlinien. Beim Gaza-Krieg dagegen ist die EU unüberbrückbar gespalten und ohne Einfluss.

Beide Tendenzen sind miteinander verschränkt. Für den herrschenden Block ist militärische Stärke notwendig, um den weiteren geopolitischen und ökonomischen Abstieg zu verhindern, wie umgekehrt ökonomische Stärke und Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind, um sich Aufrüstung und Militarisierung leisten zu können.

## Progressive Alternativen marginalisiert

Die Linke wird mit wenigen Ausnahmen in allen Mitgliedsstaaten von inneren Konflikten heimgesucht. Ihr Einfluss auf den Gang der Dinge ist marginal. Seit der Niederlage von Syriza ist auch die Diskussion um linke Alternativen zur neoliberalen EU erlahmt. Auch wenn das EP kein vollwertiges Parlament ist, hoffen wir dennoch, dass wir im Wahlkampf mit diesem Report dazu beizutragen, die

---

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.2024, S. 1

Diskussion über europapolitische Grundfragen anzustoßen und zum Nachdenken über Alternativen – auch und gerade grundsätzliche - zur Politik der EU anzuregen.

Die neuen Tendenzen in der Politik der EU müssen aufgearbeitet und die Konsequenzen für emanzipatorische Politik gezogen werden. Mit einem bloßen „Weiter so!“, einem angepassten Sich-Fügen in vorgegebene Handlungsspielräume für bescheidene Reformen auf dem einen oder anderen Teilgebiet, wird die gesellschaftliche Linke keine Eingriffsfähigkeit gewinnen.

Erst recht gilt das für die Übernahme des euronationalistischen Narrativs. „*Unsere Softpower ist die beste in der Welt*“, so die ehemalige Brüsseler Außenbeauftragte und Ex-Chefin der italienischen Jusos, Mogherini, ganz im schicken Sound neuen Überlegenheitsdenkens.<sup>3</sup> Und so meint dann auch Robert Habeck: „*Patriotismus muss europäisch sein*“.<sup>4</sup> Europatriotismus ist aber nicht die internationalistische Alternative zum deutschen, französischen oder polnischen Nationalismus.

Die europäische Integration war in ihrem harten Kern immer ein Herrschaftsprojekt mit geopolitischer Funktion und im Interesse des Kapitals , und das ist sie auch jetzt noch.

---

<sup>3</sup> Die Welt, 13.7.2016, S. 2

<sup>4</sup> Die Welt, 28.2.2019, S. 5

# Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht



Bei Amtsantritt von der Leyens 2019 - also drei Jahre vor dem Ukraine-Krieg - deklarierte sie ihre Behörde zur „geopolitischen Kommission“. Die Sehnsucht nach Großmacht und militärischer Stärke rückte ins Zentrum nicht nur der Außenpolitik, sondern fast alle andere Politikfelder wurden auf Kompatibilität mit geopolitischen Interessen getrimmt: Klima, Energie- und Rohstoffe, Wirtschaft, Technologie, Regulierung von Medien u.a. In Worten des ‚*Strategischen Kompasses*‘ geht es darum, *„die volle Bandbreite der EU-Politik und ihre Hebel als Machtinstrumente zu nutzen.“*

Prompt war Brüssel im Ukraine-Krieg Vorreiter ausschließlich militärischen Vorgehens und wurde, nach den USA, zum wichtigsten Sponsor des Stellvertreterkriegs. Zusammen mit der Hilfe aus den Mitgliedsstaaten sind laut Kieler *Institut f. Weltwirtschaft* 142 Milliarden Euro Militärhilfe an Kiew geflossen. Im März 2024 wurden weitere fünf Milliarden aus der sog. „Friedensfazilität“ bewilligt. Jeder Gedanke an Diplomatie, Verhandlungen und UN-Charta wird dagegen im Keim erstickt. Allerdings zeichnet sich ab, dass die Fixierung auf die militärische Karte ein Fehlschlag ist. Ein Stellvertreterkrieg funktioniert eben nur so lange wie der Stellvertreter dazu in der Lage ist.

## **Assoziierungsvertrag mit Kiew – Einstieg in die Konfrontation**

Für die Konfrontation mit Russland spielt die EU schon seit Beginn der Verhandlungen zum Assoziierungsvertrag EU-Ukraine 2007 eine große Rolle – ein Jahr vor dem NATO-Beschluss zur Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien. Der Vertrag bedeutete einen drastischen Einschnitt in die Jahrhunderte alten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine und enthielt zudem die Übernahme sicherheitspolitischer Vorgaben der Nato. Er richtete sich damit gegen das legitime russische Interesse an gutnachbarschaftlichen Beziehungen und gegen das völkerrechtliche Prinzip gemeinsamer und ungeteilter Sicherheit. Versuche Moskaus, ein trilaterales Arrangement zu erreichen, wurden ignoriert.

„Noch im Jahr 2010 wollte Russland trilaterale Projekte – EU, Russland, Länder der östlichen Partnerschaft – realisieren. Es gab also ganz klar Chancen einer konstruktiven Einbindung Russlands in eine Partnerschaft, die aber leider nicht genutzt wurden.“ So Günter Verheugen, ehemaliger EU-Erweiterungskommissar.<sup>5</sup>

Stattdessen trat die damalige Außenbeauftragte der EU, Ashton, auf dem Euro-Maidan in Kiew auf. Die ursprünglichen Proteste gegen Korruption und andere Missstände kamen bald unter die Hegemonie rechtsextremer und neo-faschistischer Kräfte, die dann den erfolgreichen Staatsstreich gegen Janu-kowitsch anführten. Die EU war früh ein Haupttreiber der Eskalation mit Russland.

## **Militarisierung im Spannungsfeld zwischen NATO und strategischer Autonomie**

Unabhängig vom Ukraine-Krieg begann – ausgelöst vor allem durch Trump – schon vor Jahren eine intensive Debatte über sog. *Strategische Autonomie*. Dazu gehören Maßnahmen zum Aufbau eigener militärischer Fähigkeiten. Die wichtigsten sind:

- Der Aufbau einer Interventionstruppe mit 5.000 Soldaten bis 2025
- Der seit 2017 bestehende „Militärische Planungs- und Durchführungsstab“ soll zu einem vollwertigen Generalstab werden
- Die Rüstungsindustrie in der EU soll forciert ausgebaut und koordiniert werden, vorwiegend über die sogenannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl. PESCO). Paradeprojekte sind ein Kampfflugzeug (FCAS), das von deutschen, französischen und spanischen Konzernen gebaut werden soll und ein Kampfpanzer (MGCS), für den bisher eine französische, niederländische und deutsche Beteiligung (Rheinmetall) vorgesehen sind
- Im Gespräch sind auch militärische Fähigkeiten im Weltraum, im Cyber Space und bei Big Data und künstlicher Intelligenz.<sup>6</sup>

## **Der Unterschied zwischen Wollen und Können**

Die Projekte kämpfen allerdings mit großen Schwierigkeiten. Zum einen wegen der Konkurrenz zwischen den Konzernen um Technologiepatente und den Anteil an den Profiten, zum anderen kommt eine wirkliche Zusammenarbeit in der Breite der EU nicht zustande. So baut Italien mit Großbritannien und Japan sein eigenes Kampfflugzeug, während Polen seine Großwaffen aus den USA und Süd-Korea bezieht. Auch integrationspolitisch ist das bemerkenswert, weil es de facto um zwischenstaatliche Kooperationen geht, die sich gar nicht erst um supranationale Entscheidungen bemühen. Auch einer zukünftigen europäischen Armee haben z.B. die Verteidigungsminister Frankreichs und Deutschlands eine Absage erteilt: „Eine starke europäische Säule der NATO mit eigenen Kräften, das macht Sinn, mit vielfältigen Kooperationen in den Einsatzszenarien, aber ohne Doppelstrukturen und Konkurrenzsituationen zur NATO.“ So Pistorius in einem gemeinsamen Interview mit seinem Amtskollegen aus Paris.<sup>7</sup>

Eine weitere Spaltungslinie hat der französische Präsident Macron mit seinem Vorstoß für westliche Bodentruppen in der Ukraine sichtbar gemacht. Auch wenn dabei das neo-gaullistische Interesse an

<sup>5</sup> Neues Deutschland, 3.4.2022

<sup>6</sup> Eine ausführliche Darstellung der militärischen Pläne findet sich in: Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU. Zwischen Vasallentum und autonomer Großmacht. In: Sablowski, Thomas/Wahl, Peter (Hrsg.): Europäische Integration in der multiplen Krise. Zukunftsaussichten der Europäischen Union. Hamburg, 2024.

<sup>7</sup> FAZ, 25.4.2024, S. 3

einer französischen Sonderrolle im Spiel ist, sowie das Bedürfnis, den Rauswurf Frankreichs aus Westafrika zu kompensieren, wird damit die Konfrontation mit Moskau eskaliert.

Zum Status als Weltmacht gehört die Verfügung über Nuklearwaffen. Die EU als Atommacht ist allerdings eine Illusion. Solange die NATO in ihrer jetzigen Form existiert, werden die USA die militärischen Bemühungen der EU nur komplementär zur transatlantischen Allianz und unter ihrer Kontrolle zulassen, d.h. die EU als Hilfstruppe der NATO. Das liegt auch im Interesse der osteuropäischen Mitgliedsstaaten, die aus Abneigung gegen eine deutsch-französische Hegemonie Washington und der NATO mehr vertrauen als der EU.

Hinzu kommt, dass Präsenz und Einfluss des US-Kapitals in Europa – man denke z.B. an die digitale Industrie – und umgekehrt das Interesse des europäischen Kapitals an Markt und Standort USA (z.B. Export von Autos) so stark sind, dass einer Autonomie auch von daher enge Grenzen gesetzt sind.

Aber selbst mit Trump als Präsident ist unwahrscheinlich, dass die USA den Hebel NATO aus der Hand geben. Bei einer so fundamentalen Frage wird das System der innenpolitischen *Checks and Balances* für Kontinuität sorgen. Allerdings gibt es quer durch die politischen Lager Washingtons Konsens, dass die größte Herausforderung für den globalen Führungsanspruch der USA von China ausgehen würde. Der EU ist dabei die Rolle des Juniorpartners zugeordnet, der stärker an den Kosten des neuen Kalten Kriegs beteiligt werden soll. Zur ideologischen Rechtfertigung dient das plumpe Schwarz-Weiß-Narrativ, wonach die Welt sich in einer Art letztem Gefecht zwischen Autokratien und Demokratien, zwischen Gut und Böse befinde.

Die Dilemmata zwischen Unterordnung unter die USA und dem Wunsch nach mehr Autonomie zeigen sich auch bei den Beziehungen zu China. Auch hier bahnt sich die Konfrontation an, wenn auch – angesichts der stärkeren wirtschaftlichen Verflechtungen – noch nicht so scharf wie mit Russland. Der beginnende Wirtschaftskrieg mit Protektionismus und Sanktionen ist klares Anzeichen dafür.

Die Sehnsucht nach Großmachtstatus und strategischer Autonomie trifft also auf Barrieren, die beim gegenwärtigen Stand der Dinge kaum zu überwinden sind und lediglich geringe Spielräume für etwas mehr Eigenständigkeit lassen. Ein spektakulärer Beleg dafür ist die Rolle der EU im neuen Nahostkrieg. Zwar wurde das Massaker der Hamas an mehr als 1.200 israelischen Zivilisten einhellig verurteilt. In dem Maße aber wie die israelische Reaktion unter Missachtung der Verhältnismäßigkeit und mit massiven Menschen- und Völkerrechtsverletzungen die Bevölkerung von Gaza einer rücksichtslosen, kollektiven Bestrafung unterwirft und alles tut, um die Zweistaatenlösung endgültig unmöglich zu machen, hat sich in der EU eine tiefe Spaltung aufgetan. Spanien, Irland und – mit Einschränkung – Frankreich, sowie Teile der EU-Kommission (z.B. Außenbeauftragter Borrell) üben z.T. heftige Kritik an Israel. Auch hat Frankreich für die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNO gestimmt.

Demgegenüber steht die Bundesregierung an der Spitze eines Lagers, zu dem u.a. Ungarn und Österreich sowie Kommissionspräsidentin von der Leyen gehören, das den Kurs der rechtsextremen Regierung Netanjahu unterstützt. So war Deutschland mit 43% der israelischen Rüstungsimporte nach den USA 2023 der zweitgrößte Waffenlieferant Israels.

Mit der Spaltung der EU in der Nahostfrage hat Brüssel jeglichen Einfluss auf den Konflikt verspielt. Das bezieht sich auch auf die brandgefährliche Eskalationsgefahr durch eine direkte Konfrontation Israel - Iran. Der Anspruch auf Großmachtstatus erweist sich einmal mehr als Selbstüberschätzung.

Im Globalen Süden wird angesichts von dreimal so viel Ziviltoten in Gaza wie in zwei Jahren Ukraine-krieg die Nibelungentreue von Deutschland u.a. zu Israel als moralische Bankrotterklärung gesehen.

Die Klage Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) auf Beihilfe zum Völkermord ist dafür ein spektakuläres Beispiel.

### **Die emanzipatorische Alternative**

Das Scheitern der EU an den eigenen Ansprüchen heißt jedoch keineswegs, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Friedenspolitik muss sich dem Bellizismus der EU entgegenstellen. Wie immer führt die Wagenburgbildung zu Feindbildproduktion und Aggressivität nach außen und zu Konformitätsdruck und Repression nach innen. Die Kosten der Militarisierung gehen wie immer zu Lasten von Sozialem und der Lohnabhängigen. Und sie absorbieren die Fähigkeit, den wirklichen Problemen der Menschheit, vorneweg die Klimakrise, zu lösen.

Für eine emanzipatorische Europapolitik bedeutet das, den Großmachtillusionen entgegenzutreten und den Platz der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts realistisch zu bestimmen. Die Selbstüberschätzung der EU endet letztlich in Abenteuerertum.

Gleichzeitig ist tatsächlich eine größere Autonomie gegenüber den USA anzustreben. Allerdings kann sie nicht militärisch definiert sein. Vielmehr muss sie sich inhaltlich an den friedenspolitischen Werten orientieren, die auch den Kern der UN-Charta und des Völkerrechts bilden: Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

# Weht in Brüssel ein neuer Wind?

## Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa

Seit einiger Zeit spielt die These von der Zurücknahme neoliberaler Maßnahmen eine große Rolle im europapolitischen Diskurs. Das neue Krisenmanagement der EU sei u.a. gekennzeichnet von einer Aufweichung der Fiskalregeln (Schuldenbremse bzw. Fiskalvertrag), zunehmenden staatlichen Interventionen in die Märkte, staatlicher Lenkungsfunktion wie beim Corona-Wiederaufbaufonds, zunehmendem *Protektionismus* (bes. gegen Produkte „Made in China“) und der politisch begründeten Abkoppelung von russischen Energie- und Rohstofflieferungen. Diese Interventionen seien auf zwei Überlegungen zurückzuführen:

- Sie seien in der Konkurrenz mit den USA und China vor allem machtstrategisch motiviert. Zum anderen gehe es um die Absicherung der kapitalistischen Verwertung. Eingerahmt würde die neue ‚Geoökonomie‘ durch eine *veränderte Industrie- und Infrastrukturpolitik*. Die sog. *Global Gateway-Initiative* gilt hier als Leuchtturmprojekt. Sie soll durch die „innovativsten digitalen Ökosysteme der Welt“ von Indien via Nahost bis Europa der ‚Neuen Seidenstraße‘ (engl. BRI) Chinas Paroli bieten.<sup>8</sup>
- Um trotz der multiplen Krisen die Bevölkerung von Massenprotesten abzuhalten, würde sozialen Aspekten eine etwas größere Bedeutung zugemessen, was sich z.B. in Maßnahmen zur Reduzierung von Erwerbslosigkeit (europäische *SURE-Kurzarbeitsregel*) und für eine Verbesserung von Arbeitslöhnen für Wanderarbeiter (europäische *Entsenderichtlinie*, s.u.) zeige.

Das alles ist zutreffend. Aber der Zwang zum neuen Krisenmanagement der EU bedeutet keine grundlegende Abkehr vom neoliberalen Dogma. So erkennen wir in zahlreichen politischen Weichenstellungen führender EU-Länder die neoliberale Handschrift wieder, besonders in der Sozial- und Steuerpolitik. Ein Blick auf den *Bundeshaushalt 2024* der Ampel-Koalition lässt z.B. weitere Steuerentlastungen für Reiche, die Stornierung des versprochenen Klimagelds, die Beschränkung der Mittel für die Kindergrundsicherung, neue Härten für Arbeitslose und die Absicht erkennen, durch Privatisierungserlöse den Bundeshaushalt zu entlasten, z.B. durch den geplanten Verkauf des Logistikunternehmens Schenker, einer Tochtergesellschaft der DB.



<sup>8</sup> Bieling, Hans-Jürgen. „Die EU – eine geostrategische Macht im Werden? Strategien und Initiativen zur Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten“, in: WSI-Mitteilungen 6/2023.

Bei genauem Hinsehen stellen auch die „fortschrittliche“ *Mindestlohn-Richtlinie* und die *Richtlinie zur grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmer\*innen* keinen Bruch mit der neoliberalen Grundausrichtung der Union dar. Zum einen ist der gesetzliche Mindestlohn von 12,41 (Stand: März 2024) in Deutschland ein *Armutslohn*, der kein gutes Leben ermöglicht, zumal er auf breiter Front von Unternehmen unterlaufen wird. Zum anderen dürfte es bis auf den Sankt Nimmerleinstag dauern, bis die geplante, durchaus progressiv anmutende EU-Vorgabe zur Erhöhung der *Tarifbindung* der Unternehmen auf 80 % in allen Mitgliedsländern erreicht ist. Unterliegen ihr doch z.B. in Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten EU-Land, inzwischen weniger als 50% der Unternehmen (Memorandum 2023, S. 2019). Denn die Frage ist, ob dieser Reformplan auf dem Wege der obligatorischen sozialpartnerschaftlichen Orientierung, die die EU grundsätzlich verfolgt, überhaupt durchgesetzt werden kann; bzw. wie andernfalls für eine gesetzliche Regulierung die erforderlichen politischen Mehrheiten angesichts der Stärke der bürgerlichen Kräfte und der Schwäche der Linken zustande kommen sollen.<sup>9</sup>

Die ‚*Europäische Säule der Sozialen Rechte*‘ aus 2017 ist gegen den Sozialabbau in den Mitgliedstaaten zahnlos: Sanktionsmechanismen kann die EU ausschließlich bei den Budgetvorgaben gegen ein unbotmäßiges Mitgliedsland verhängen, nicht aber bei den sozialpolitischen Zielsetzungen. Substanzielle Sozialreformen zur Armutsbekämpfung hat die EU ohnehin nicht im Sinn, denn der Regelungsprozess zwischen EU-Institutionen, Parlamenten und Sozialpartnern soll nicht zu sozialen Mindeststandards führen, sondern zur „Vertiefung der Wirtschaftsunion“ beitragen. Sprich: Die Grundstrukturen wie Wettbewerbsfähigkeit, Preisstabilität, Dominanz der Finanzmärkte oder den Fiskalvertrag nicht infrage stellen<sup>10</sup>.

In *Osteuropa* sind soziale Probleme noch weitaus größer als in Westeuropa. Dort kam es nie zu einer Lohnangleichung zwischen Ost und West. So entspricht etwa der Durchschnittslohn in *Polen* gerade mal einem Drittel des österreichischen. Auf seiner unablässigen Suche nach Möglichkeiten zur Senkung der Produktionskosten flieht das westliche Kapital verstärkt in den billigeren Osten, während von dort aus immer mehr Arbeitskräfte in den Westen pendeln oder auswandern. Rufe von Gewerkschaften, die Konzerne auf die Anhebung der Löhne zu verpflichten, prallen bei den EU-Oberen ab. Stattdessen bauten Regierungen in Osteuropa nach dem EU-Beitritt Arbeitsrechte ab, nicht zuletzt auf Druck aus Brüssel. Schlimmer noch: Begleitet wird die EU-Osterweiterung von einem Rückgang der branchenweiten Kollektivverträge. So sind in *Polen* nur 15% der Beschäftigten durch Kollektivverträge geschützt, in *Rumänien* wurden diese sogar komplett abgeschafft. Osteuropa hat im 30-jährigen „Integrationsprozess“ der EU einen beispiellosen Bevölkerungsschwund hinnehmen müssen, begründet im Lohngefälle zwischen West und Ost. Das Problem des fallenden Arbeitskräfteangebots ist dort eklatant (vor allem bei Ärzt\*innen und Pflegepersonal), da viele Menschen zumindest vorübergehend in den reicheren EU-Staaten arbeiten. In Summe nimmt das Wirtschaftswachstum ab, die Gewinne aus osteuropäischen Fabriken fließen in die Firmenzentralen Westeuropas, im Land bleiben nur die Löhne. Die Hälfte aller produzierenden Firmen gehören ausländischen Eigentümern. Wer, wie Thomas Piketty, angesichts dieser Fakten fordert, dass die Gewinne in Osteuropa dort *reinvestiert* werden müssten, hat nur allzu Recht. Nur muss erkannt werden, dass das *EU-Primärrecht* dem prinzipiell im Wege steht. Das Lohndumping wird also weitergehen,

---

<sup>9</sup> Verdi publik. *Gespaltene Gesellschaft – Arm & Reich*. Nr. 7/2023. S. 11

<sup>10</sup> Mayrhuber, Christine. „Sozialpolitik“, in: Entzauberte Union, Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist. Attac-Österreich (Hg.). Wien, 2017

nicht zuletzt, weil es für das Kapital billiger ist, im Falle des Erwischtwerdens bei Verstößen gegen Richtlinien eine Geldstrafe zu zahlen, als Menschen für ihre Arbeit anständig zu entlohnen.<sup>11</sup>

Rückblende nach Westeuropa: Auch in *Frankreich* und *Italien* sehen wir eine Verschlechterung der Lebensbedingungen. So erkennbar am neoliberalen *Rentengesetz Macrons*. Am Ende konnte es nur in Kraft treten, weil Macron einen undemokratischen Verfassungstrick anwandte und das Gesetz per Verordnung, am Parlament vorbei, durchsetzte. In *Italien*, wo die postfaschistische Regierungschefin in allen wesentlichen Fragen mit der EU reibungslos kooperiert, gibt es nicht einmal einen Mindestlohn. Die Gehälter sind niedrig, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. 2023 hat die Regierung ungeachtet riesiger Proteste beispiellosen *Sozialabbau* betrieben (Kürzungen u.a. im Bildungssektor, im Pflegebereich und im Gesundheitswesen) und folgte damit den ‚*Empfehlungen*‘ der EU zum staatlichen *Schuldenabbau*.<sup>12</sup>

Mit einiger Wahrscheinlichkeit könnte angesichts der beschriebenen Kapitaloffensive die Macht der Konzerne in der EU mittels Entfaltung der vollen *Kampfkraft und internationalen Solidarität europäischer Gewerkschaften* erheblich geschwächt werden. Es gibt Kooperationen, z.B. die Zusammenarbeit im europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Es können geringfügige Veränderungen erreicht werden, jedoch kein grundlegender Wandel. Aus dieser Sackgasse herauszukommen, erforderte den Griff zum *Mittel des politischen Streiks*. Doch davon will der DGB im Gegensatz zu Gewerkschaften in anderen EU-Ländern nichts wissen, obwohl dieses Instrument in Einzelgewerkschaften diskutiert wird, z.B. als „feministischer Streik“. Mit einem politischen Streik können nur dann gesellschaftsverändernde Forderungen durchgesetzt werden, wenn große Teile der Gesellschaft dahinterstehen.

## **EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt und Staatsverschuldung**

Im Februar 2024 musste die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose für die EU-Wirtschaft erneut nach unten auf nur 0,9 % korrigieren. Die Eurozone schließt mit einem Plus von 0,8 % sogar noch schlechter ab. Mit gerade einmal 0,3 % Wachstum bildet Deutschland das Schlusslicht und fällt damit als Motor einer „Erholung“ zumindest vorübergehend aus.<sup>13</sup> Für die ‚*Strategische Autonomie*‘ im Zeichen des verschärften *Hegemonialkonflikts zwischen den USA und China* sind das keine guten Voraussetzungen. Hatte nicht Ursula von der Leyen in ihrer ‚*Rede zur Lage der Union*‘ im September 2023 noch optimistisch verkündet, die Wachstumsstrategie der Union trage Früchte? Im Ergebnis hat der vielgerühmte ‚*Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt*‘ (ESP) weder die manifeste *Schuldenkrise* verhindert noch das vom Kapital erhoffte Wachstum geschaffen.<sup>14</sup>

Während die Kommission im Rahmen des ESP und der Verfahren zum Ausgleich der sog. *Makroökonomischen Ungleichgewichte* zwischen den Mitgliedstaaten Dutzende ‚*Empfehlungen*‘ erließ, ermöglicht sie in hohem Ausmaß *Steuervermeidung durch Konzerne*. So verhindert das große Kapital dringend nötige Einnahmen für die effektive Bekämpfung der Erderwärmung und für die sozial-ökologische Transformation.

---

<sup>11</sup> Huber, Patricia. *EU: Schlechte Löhne im Osten, Lohndruck im Westen, Konzerne gewinnen*.

In: [kontrast.at/gruende-fuer-unterschiedliche-loehne-in-europa/1](https://kontrast.at/gruende-fuer-unterschiedliche-loehne-in-europa/1). Juni 2021 um 21.54 Uhr

<sup>12</sup> Verdi publik, *Italien im Widerstand*, ebd. S. 12

<sup>13</sup> Junge Welt vom 17./18.02.24

<sup>14</sup> Clancy, Emma. *Discipline and Punish. End of the road for the EU's Stability and Growth Pact?*

Analyse erstellt für Martin Schirdewan, MdEP Die Linke, 2020 (undatiert)

Die Rufe nach einer Lockerung (bzw. Abschaffung) der sog. Schuldenbremse in der Europäischen Union (*Fiskalvertrag*) wie auch in Deutschland werden immer lauter, gestützt auf die These, wonach primär die *Tragfähigkeit der Schulden* entscheidend ist, und nicht der Schuldenstand als solcher. Die Motive sind dabei allerdings sehr unterschiedlich, je nachdem, von welcher Seite die Schuldenbremse infrage gestellt wird, und sind daher nicht durchgängig von sozialem Fortschrittsdenken oder dem Wunsch nach militärischer Abrüstung geprägt.

Auch die jüngst vom Europaparlament durchgewundene Reform der sog. *EU-Economic Governance* bringt entgegen den Wünschen breiter Teile der Zivilgesellschaft, wie des DGB und des EGB, keine grundlegende Wende. So wird die lange geforderte Einführung der sog. *Goldenen Regel*, wonach öffentliche Nettoinvestitionen durch öffentliche Kreditaufnahme finanziert werden können, nicht nur nicht umgesetzt.<sup>15</sup> Es gibt im Rahmen der Vorgaben auch keinen fiskalischen Spielraum der Mitgliedsländer für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in die *Sozial-ökologische Transformation* als ein vorrangiges Ziel. Erhöhte Militärausgaben gehören künftig zu den budgetären Feldern, die beim Staatsschuldencheck weniger streng unter die Lupe genommen werden. Unsoziale Sparpolitik der Staaten ist weiterhin möglich, das Demokratiedefizit der EU-Economic Governance mit ihrer institutionalisierten Vorherrschaft abgehobener Elitenzirkel aus Rating-Agenturen, EZB und EU-Bürokratie ist nicht behoben.<sup>16</sup> Allenfalls wird der zeitliche Anpassungspfad für die Senkung der Staatsschulden flexibler als bisher gefasst, zugleich aber der EU-Kommission große Macht bei der Überprüfung der Schuldenfähigkeit der Mitgliedsstaaten gegeben, die faktisch ein autoritäres (direktes) Hineinregieren in die nationalen Exekutive und Legislative erlaubt.

## Fazit

Der Neoliberalismus hat zu multiplen Krisen geführt, angefangen mit dem Finanzcrash 2008 über die Eurokrise bis hin zu vielfältigen sozialen Verwerfungen. Er versagt permanent vor der Aufgabe, die großen Probleme zu lösen, die der Klimawandel, die ökologische Katastrophe und die soziale Ungerechtigkeit aufwerfen. Der herrschende Block sieht sich deshalb gezwungen, staatlich zu intervenieren, um noch Schlimmeres zu verhindern. Ein post-neoliberales Akkumulationsregime ist dadurch nicht entstanden, schon gar nicht eines mit dezidiert progressiven Zügen. Stattdessen haben wir es mit einem pragmatischen Krisenmanagement zu tun, einem Durchwurschteln, dem es in erster Linie um die Rettung der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse geht.

---

<sup>15</sup> Stellungnahme des DGB zu den Leitlinien für eine Reform des wirtschaftspolitischen Rahmens der EU, 30.01.23

<sup>16</sup> Le Monde Diplomatique Nr. 10/2023. EU-TECHNOKRATIE; S. 3

# Rechtsentwicklung in der EU

Die Rechtsentwicklung der EU und in den Mitgliedsländern ist eines der gravierendsten Krisensymptome unserer Zeit. Rechtspopulistische, rechtsextreme und teilweise neo-faschistische Parteien werden überall stärker. In Italien, dem drittgrößten Mitgliedsland, stellen sie mit Meloni von den postfaschistischen *Fratelli d'Italia* die Regierungschefin. In Ungarn ist Victor Orban, der den Begriff „illiberale Demokratie“ als positives Leitbild begreift, seit zehn Jahren Ministerpräsident. In Polen ist auch nach dem Verlust der Parlamentsmehrheit mit Andrzej Duda ein Funktionär der rechten, extrem nationalistischen PIS-Partei Staatspräsident. Regierungsbeteiligungen neu-rechter Parteien gibt es in Finnland und Schweden. In den Niederlanden wurde Geert Wilders mit seiner Partei stärkste Kraft, auch wenn er nicht in der Lage war, eine Regierung zu bilden. In fast allen anderen Mitgliedsländern sind die neu-rechten Parteien mit 15% aufwärts präsent, darunter die AfD. Bei den jüngsten Wahlen in Portugal gelang der *Chega* („Es reicht“) der Sprung von 5% auf 18%.

Besonders dramatisch ist die Situation in Frankreich. Nach Umfragen zu den EP-Wahlen 2024 liegt die *Rassemblement National* Marine Le Pens mit 31% Mitte März dreizehn Prozent vor dem zweitplatzierten Regierungsbündnis Macrons mit 18%. Das ist ein Zuwachs von 2% zum Vormonat, während Macrons Bündnis ein Prozent verliert.<sup>17</sup>

Zwar war die EU selbst nie demokratisch organisiert und schon deshalb kein progressives Projekt. Neben dem subalternen Status des Parlaments ohne Gesetzesinitiative, dem Fehlen des Prinzips ‚Ein Mensch ‚eine Stimme‘ (sog. degressive Proportionalität) und Ähnliches hat bis heute der autoritäre Neoliberalismus quasi Verfassungsrang. Aber mit dem Rechtsruck in fast allen Mitgliedsländern ist eine neue Qualität hinzugekommen. Praktisch in allen westlichen Ländern gibt es eine ähnliche Entwicklung, vorneweg in den USA.

## Ausdruck multipler Krisen des Kapitalismus



Natürlich gibt es je nach Land spezifische Ursachen und Ausprägungen der Rechtsentwicklung. Gemeinsam ist aber allen, dass es in den Bevölkerungen überall ein verbreitetes Krisenbewusstsein gibt, ein Gefühl von Unübersichtlichkeit, von Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, ja von Chaos, Niedergang und drohenden Katastrophen.

<sup>17</sup> Ipsos: Européennes 2024: le Rassemblement National creuse l'écart.

<https://www.ipsos.com/fr-fr/europeennes-2024-le-rassemblement-national-creuse-lecart>

Das wiederum schlägt sich in Unzufriedenheit, Verunsicherung, Pessimismus, Verlust des Vertrauens in Parteien und politische Institutionen, in Abstiegs- und Zukunftsängsten nieder. Symptomatisch dafür die Studie „Jugend in Deutschland 2024“, die feststellt, dass der Anteil der Jugendlichen, die AfD wählen würden, von 9% in den Vorjahren auf 22% gestiegen ist. Als Hauptgründe werden ein „Gefühl von Hilflosigkeit“ und schwindende Hoffnung auf ein gutes Leben angegeben.<sup>18</sup>

All das geht einher mit Polarisierungen und zunehmender Aggressivität im politischen Klima und wachsender Instabilität der politischen Systeme. Darunter der Abstieg der internationalen Sozialdemokratie, die Krise der Konservativen und – mit wenigen Ausnahmen – ein dramatischer Niedergang der Linken. Die Rechtsentwicklung ist Ausdruck einer tiefen Krise der liberalen Demokratie und eines zunehmenden Legitimationsdefizits der herrschenden Eliten.

Die neue Rechte gibt vor, einfache Ursachen der Probleme zu kennen und entsprechend einfache Lösungen zu haben, die Sicherheit und eine Rückkehr in scheinbar klare Verhältnisse vortäuschen. Sie kann auf diese Weise und angesichts der Schwäche(n) der gesellschaftlichen Linken bei Wahlen einen großen Teil des Protestpotentials an sich ziehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass ihre Wählerbasis auch die Programmatik und das oft dahinterstehende rassistische, völkische oder gar faschistische Gedankengut teilt. Wie alle Umfragen belegen, trifft das nur auf einen kleineren, harten Kern zu.

### **Das Übel an der Wurzel packen**

Die Neue Rechte wird nicht durch moralische Empörung zurückgedrängt werden können. Notwendig ist, die tiefer liegenden Ursachen für ihre Erfolge zu begreifen und dort die Gegenstrategien anzusetzen. So ist auffällig, dass die rechte Welle gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zutage trat. In diese Zeit fiel der große Finanzcrash 2008, und die Krise des Neoliberalismus wurde offensichtlich. Die ökonomischen Verwüstungen der neoliberalen Globalisierung wurden für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar. Die Banken wurden mit Milliarden gerettet, während Austerität, Privatisierungen, Deregulierung und Sozialabbau Millionen in Prekarität oder Armut geschickt hatten. Nationalismus – „*In Europa wird wieder deutsch gesprochen*“ – so der damalige CDU-Fraktionschef Kauder, und das rassistische Image von den arbeitsscheuen Südländern wurden auch in der BRD in der sog. gesellschaftlichen Mitte hoffähig gemacht. Gleichzeitig wurde über viele Jahre die Entsolidarisierung unter den Lohnabhängigen gefördert, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Differenzen in den Belegschaften vertieft, z.B. durch die Spaltung in Kernbelegschaft und Leiharbeiter. Die Konkurrenz zwischen den Erwerbstätigen wurde angeheizt, Erwerbslosen eingeredet, dass sie selbst Schuld an ihrer Erwerbslosigkeit seien, diese aber durch arbeitsmarktgerechteres Verhalten selbst beenden könnten. Dies führte oft zu kapitalkonformer Individualisierung, zu Überforderung und auch zu fremdenfeindlichen Ressentiments nach dem Motto: „*Einheimische Beschäftigte haben ein Recht auf die besseren Jobs*“.

Hinzu kommen die Erosionserscheinungen der traditionellen Familien- und Geschlechterordnung. Auch technologische Umbrüche, vor allem Digitalisierung und KI mit einer Tragweite wie seit der Erfindung der Dampfmaschine oder der Atombombe nicht mehr, erzeugt vor allem bei vielen älteren Menschen ein Gefühl, abgehängt und ausgegrenzt zu sein.

Ganz zentral auch die Bedrohung durch Klimawandel, Verlust der Biodiversität und andere globale Umweltprobleme. Die Mischung aus einerseits völlig unzureichenden Gegenmaßnahmen und der oft chaotischen Strategien der Regierungen bei gleichzeitigen Ängsten, den Herausforderungen der

<sup>18</sup> Schnetzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus (2024): Trendstudie Jugend in Deutschland 2024.

Energiewende finanziell nicht gewachsen zu sein, haben diffusen und mitunter irrationalen Protest hervorgerufen und geben rechten Leugnern des Klimawandels Auftrieb. In einigen Ländern, insbesondere Frankreich und Belgien, spielten auch islamistische Terroranschläge eine Rolle, Unsicherheit zu verbreiten. Dass die Zunahme der Migration auch ökonomische und soziale Probleme aufwarf, wurde von der Neuen Rechten erfolgreich instrumentalisiert.

Dazu kam die Covid-Pandemie, eine Erfahrung, die für alle heute lebenden Generationen einen völlig neuen Bedrohungstypus darstellt. Schutzmaßnahmen wurden von den Regierungen angeordnet, ohne Zustimmung des Parlaments, ohne Konsens in der Bevölkerung. Dass kaum gesehen wurde, dass gerade Menschen, die in engen Wohnungen leben oder schlecht bezahlte Jobs erledigen, besonders häufig an Corona erkrankten und sich aufgrund ihrer Lebensumstände nicht im Home-Office isolieren konnten, hat Wut und Trotzreaktionen entstehen lassen.

Last not least kommen die seit Jahren anwachsenden internationalen Spannungen, die Umbrüche im internationalen System und jetzt noch die Kriege in der Ukraine und Nahost dazu. Angst wird zusätzlich durch die Entmottung uralter Feindbilder von einer angeblichen Gefahr aus dem Osten geschürt, so jüngst besonders primitiv durch den französischen Präsidenten, und in Deutschland von Politiker\*innen wie Baerbock, Röttgen, Roth und Strack-Zimmermann.

Krisen gab es immer. Aber unserer Gegenwart zeichnet sich durch eine Kumulation von Krisen aus, die sich gegenseitig verstärken und eine enorme Komplexität der Probleme erzeugen. Das führt auch bei den Herrschenden zu abnehmender Problemlösungsfähigkeit bis hin zu Kontrollverlust, wie bei der Klimakrise.

Die Linke ist in den meisten Mitgliedsstaaten marginalisiert und fällt als orientierende Kraft weitgehend aus. Sie kann informieren, demonstrieren, die Zustände anprangern, aber wenig ändern. Die extreme Rechte kann das so entstandene Vakuum nutzen und die Verunsicherung der Menschen auf ihre Mühlen leiten, indem sie einfache, aber letztlich demagogische Scheinlösungen anbietet.

## **Die Spitze des Eisbergs**

So gefährlich die rechtsextremen Parteien sind, sind sie nur die Spitze des Eisbergs. *Es gibt eine generelle Rechtsentwicklung in der politischen Klasse und im herrschenden gesellschaftlichen Klima.* Besonders eklatantes Beispiel ist die Verschärfung der Migrationspolitik, bei der die EU inzwischen weitgehend auf den Kurs der Rechten eingeschwenkt ist. Ursula von der Leyen ist gemeinsam mit Meloni nach Tunesien gereist, um die *Festung Europa* mit einem Abkommen auszubauen. Inzwischen gibt es eine ähnliche Vereinbarung mit Ägypten. Mit Billigung Brüssels hat Meloni ein Abkommen mit Albanien getroffen, wonach Migranten in Lagern außerhalb der EU eingeliefert werden, um dort auf die Bearbeitung eines Asylantrags zu warten. Die völkerrechtswidrigen ‚Push-Backs‘ u.a. durch Griechenland, Polen und Finnland werden von Brüssel hingenommen.

Die EU bildet mit ihren Strukturen und Regeln, vorneweg dem neoliberalen Konstitutionalismus, d.h. der Erhebung neoliberaler Dogmen quasi zur Verfassung, und ihrem undemokratischen Charakter einen idealen Nährboden für die Neu-Rechten.

Wenn die Linke wieder Eingriffsfähigkeit gewinnen will, muss sie sich der Komplexität der Krisen stellen, in die der Kapitalismus uns gestürzt hat, um wieder überzeugende Alternativen anbieten zu können. Hierzu gehört auch eine detaillierte Analyse, ob und ggf. wie die EU-Strukturen rechte Tendenzen in der Gesellschaft befördern.

## Fake und Flop - der „Green Deal“ der EU

Europa ist der Kontinent, der sich laut der Europäischen Umweltagentur (EEA) am schnellsten erwärmt.<sup>19</sup> Das Ziel eines Temperaturanstiegs „nur“ um 1,5 Grad ist inzwischen passé. Selbst für 2 Grad müssten die Emissionen um 30 % bis 2030 sinken, aber *kein Industrieland hat bisher Emissionen im nötigen Ausmaß reduziert!* Nach dem *Emission GAP Report 2023* planen die zehn reichsten Staaten der Welt Maßnahmen, die zu einem *weiteren Anstieg der Kohleproduktion bis 2030 und der Öl- und Gasproduktion bis mindestens 2050* führen.<sup>20</sup> Deshalb sinkt der fossile Energieverbrauch bis auf wenige Ausnahmen nicht bis 2030. Kohle und Gas erleben ein Revival, in den USA stieg das Volumen der Erdgasförderung auf bislang nie dagewesene 104 Milliarden Kubikfuß pro Tag. Die USA wurden damit 2023 zum größten Flüssiggaslieferanten weltweit. Dabei werden mehr als vier Fünftel des Volumens per Fracking gefördert, indem u.a. giftige Chemikalien in den Boden gepresst werden.<sup>21</sup> Deshalb hat der Umstieg auf Flüssiggas noch schädlichere Folgen für Natur, Planet und Lebensbedingungen der Menschen als konventionelles Erdgas aus der Leitung. Der mit Abstand größte Abnehmer von LNG ist die EU.<sup>22</sup> Milliardenbeträge werden für fossile Energien inklusive der Umwandlung in Flüssiggas ausgegeben. Dieses Geld fehlt für erneuerbare Energien. Gas und Atomkraft werden plötzlich von der EU als „saubere Energie“ definiert. Eine Energiewende wird so verhindert.

Gleichzeitig betrug der *Ressourcenverbrauch* der reichen Industrieländer im Zeitraum 1970-2017 74%, derjenige Chinas 15% (inklusive des Exports nach den Industrieländern). Der Verbrauch der Länder des globalen Südens betrug 8%. Die EU müsste also ihre Emissionen auf Null senken und ihren Ressourcenverbrauch halbieren, um zu einer weltweit gerechten Aufteilung der vorhandenen Ressourcen ihren Beitrag zu leisten. Stattdessen verschärft der scheinbare Ausweg des *„Technologie-Ausbaus zur Eindämmung des Klimawandels“*. Durch den erhöhten Bedarf an strategischen Rohstoffen wie Kupfer, Lithium, Seltene Erden verschärft sich die Krise der Rohstoffversorgung und führt zum Kollaps der Biodiversität.

Der Abbau der wichtigsten Rohstoffe mit viel Energie, Wasser und umweltverschmutzenden Stoffen geht vor allem zu Lasten der Länder des Südens. China kann dabei seine Marktposition verstärken, indem es Rohstoffe im eigenen Land fördern und verarbeiten kann. Die USA und EU aber sind die Hauptprofiteure. Sie können ihre ökonomische Stärke erhalten und Profite machen, indem sie Rohstoffe importieren, verarbeiten und vermarkten, während das ökologische Desaster des Rohstoffabbaus weitgehend bei den abbauenden Ländern bleibt.

Dazu kommt der Kampf um Rohstoffe und darum, in welcher Währung diese bezahlt werden. In den USA ist die Rohstoffversorgung wichtiger Teil der Sicherheitsstrategie, genauso in der ihr folgenden EU.

---

<sup>19</sup> EUCRA: Bericht der europäischen Umweltagentur zur Bewertung des Klimarisikos für Europa 1/2024  
<https://www.eea.europa.eu/de/publications/europaeische-bewertung-der-klimarisiken-zusammenfassung>

<sup>20</sup> Emission Gap Report des Umweltprogramms der UN (UEP) vom November 2023

<sup>21</sup> <https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/fracking/>

<sup>22</sup> ebd.

Aufgrund dieser geopolitischen Lage ist mit Kriegen um „strategische“ Rohstoffe, um den ungehinderten Zugang zu Energiequellen und deren Bezahlung in Dollar zu rechnen.<sup>23</sup> Dabei können sich die heutigen Sanktionen der USA und EU gegen sie selbst umkehren, wenn wachsende Teile der Welt auf ihrem Recht bestehen, ihre Handelspartner und die Währung, in der sie Handel treiben, selbst zu wählen und sich z.B. vom Dollar lösen.

### **Ist der Green Deal das Feigenblatt der EU, um eine wirkliche sozial-ökologische Transformation zu blockieren ?**

Die EU instrumentalisiert, ja, missbraucht die die ökologisch notwendige Transformation für die Erschließung und Verteidigung von Märkten, Marktanteilen und Profiten für Konzerne. Dies besonders, da die EU inzwischen ein Vasall der US-amerikanischen Geopolitik geworden ist.

*Was ist „green“ am Green Deal? Wie soll das Wachstum der Autoindustrie, das immer mehr individuellen Autoverkehr produziert, mit der Senkung von Energie- und Rohstoffverbrauch vereinbar sein? Für eine sozial-ökologische Transformation sind auf diesem Gebiet eine Reduzierung von Autos, die Umstellung der Autoproduktion auf eine alternative Schienen-, Bus-, Fahrradproduktion und eine Mobilitätswende mit dem Ausbau eines funktionierenden Öffentlichen Nah- und Fernverkehrs nötig, statt nur eine Antriebswende. Unbegrenzt Wachstum zerstört begrenzte Systeme. In der EU 2024 wurde die erlaubte Anwendung von Glyphosat und andern Giften trotz Nachweis massiver Schäden für Natur, Mensch und Umwelt um 10 weitere Jahre verlängert.<sup>24</sup>*

*Gentechnische Verfahren wie CRISPR (eine nicht sichere Gen-Schere) sollen nicht mehr nach EU-Gentechnikrecht reguliert werden, sodass sie u.a. auf Lebensmitteln nicht mehr gekennzeichnet sind Gentechnik gibt es seit 25 Jahren – den Hunger verhindert hat sie nicht. Fast-Food-Ketten setzen sich durch. Es findet weder eine Einschränkung ungesunder Ernährung statt noch werden Recycling-Produkte durch Regulierung erzwungen. Deshalb gibt es keine Reduzierung des Verbrauchs und des Mülls.*

*In der Landwirtschaft führt die Subventionierung großer Agrar- und Chemie-Konzerne zu Landgrabbing mittels spekulativer Pachterhöhung. Das vernichtet sukzessive die bäuerliche Landwirtschaft und verhindert den ökologischen Umbau der jetzigen industriellen Agrarwirtschaft.*

*Der weltweiten Wasserkrise wird nicht mit globalen Konzepten begegnet. Stattdessen wird die Wasserversorgung vielerorts immer noch privatisiert bzw. wird das Wasser Konzernen überlassen - zu Lasten der Wohnbevölkerung (siehe z.B. Tesla in Sachsen) und der Bauern. Die „Green Deal“-Politik der EU trägt nicht zu einer sozial-ökologischen Transformation bei. Im Gegenteil, sie erhöht die weltweite Kriegsgefahr durch den verstärkten Konkurrenzkampf um Rohstoffe und Energie für neue Technologien, bei gleichbleibenden bzw. steigenden Emissionen zu Lasten von Mensch, Natur und Klima.<sup>25</sup>*

*Vor diesem Hintergrund sollte man besser von „Fake Deal“ statt von „Green Deal“ sprechen. Dies umso mehr, als Brüssel inzwischen selbst zugibt, dass die selbstgesetzten Ziele verfehlt werden. So erklärte Klimakommissar Wopke Hoekstra, dass die Reduktion der Klima-Emissionen bis 2030 nur 51% statt der angestrebten 55% betragen würde.<sup>26</sup> Der Europäischen Klima-Agentur zufolge ist aber selbst das noch zu optimistisch. Sie hält 48% für wahrscheinlich. Damit dürfte auch das Endziel ‚Klimaneutralität‘ bis 2050 zum Flop werden.*

<sup>23</sup> Nationale Sicherheitsstrategie vom Dezember 2018 , Cheney-Bericht 2001 ??

<sup>24</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/544498/eu-verlaengert-glyphosat-genehmigung/>

<sup>25</sup> <https://www.german-foreign-policy.com/> v. 29.1.2024

<sup>26</sup> [https://www.linkedin.com/posts/brusselssignal\\_eu-behind-china-on-climate-change-as-hoekstra-activity-7183063649077387264-ZeqC](https://www.linkedin.com/posts/brusselssignal_eu-behind-china-on-climate-change-as-hoekstra-activity-7183063649077387264-ZeqC)

Eine sozial-ökologische Transformation in der EU muss in folgende Richtung gehen:

- der fossilen Lobbyisten und der Autolobby müssen die staatlichen Subventionen entzogen und diese Gelder für eine Energie- und Verkehrswende eingesetzt werden,
- der Ressourcenverbrauch in der EU muss radikal heruntergeschraubt werden,
- die Emissionen müssen gesenkt werden,
- globale klimagerechte Handels-, Rohstoff- und Energiebeziehungen müssen neu geschaffen und die Transportwege reduziert werden - statt für höhere Profite billigere Produkte aus der ganzen Welt zu importieren.
- Arten- und Biotopschutz muss in allen EU-Staaten intensiv umgesetzt werden



# EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus

*Die Turbulenzen im internationalen System, vorneweg der Aufstieg Chinas zur Supermacht, gehen an der Handelspolitik Brüssels nicht spurlos vorbei. So wird in bilateralen Handelsverträgen mit Ländern des Globalen Südens die traditionelle neoliberale Linie zur Rohstoffsicherung fortgesetzt, während gleichzeitig eine Welle protektionistischer Abschottung einsetzt. Es gibt ein Nebeneinander von neoliberaler Kontinuität und protektionistischem Bruch.*



## Neoliberale Globalisierung und die Handelspolitik der EU

Im September 2015 hatten 193 Mitgliedsstaaten der UN die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Halbzeitbilanz vom August 2023 fiel ernüchternd aus:<sup>27</sup> Der globale Rohstoffverbrauch hat sich von 43 Milliarden Tonnen 1990 auf 92 Milliarden 2017 mehr als verdoppelt. Die Beiträge zur Reduktion der Klimagase reichen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele bei Weitem nicht aus. Die Schuldenkrise der Länder des globalen Südens wurde verschärft. Der Ausbau öffentlicher Infrastrukturen – im Bericht als wichtige Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung hervorgehoben – wird in ärmeren Ländern durch Schuldendienste und weltweit durch privatkapitalistische Finanzierung erschwert.

Treibende Kraft ist das neoliberale Welthandelssystem, das seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) als multilaterales Regelwerk völkerrechtliche Geltung erlangt hat. Es drängt staatliche Regulierung zurück und räumt dem freien Handel und der Öffnung von Märkten Vorrang vor der Beachtung von ökologischen Grenzen und gesellschaftlichem Wohlergehen ein.

### Welche Rolle spielt die Handelspolitik der EU?

Die EU ist, wie ihre Mitgliedsstaaten, Mitglied der WTO. Sie arbeitet eng mit der WTO zusammen und versteht sich als wichtiger Akteur ihrer Reformierung. Weil die WTO-Verhandlungen seit Längerem stocken, strebt die EU seit 2006 parallel *bilaterale Handelsabkommen* an. Richtungsweisend für die handelspolitischen Ziele der EU sind bilaterale Freihandelsabkommen der neuen Generation. Prototyp ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

Freihandelsabkommen dieses Typs integrieren die Liberalisierungsvorschriften der WTO und erweitern sie um verschärfende Bestimmungen, die staatliche Regulierung und parlamentarische Beschlussfassung weiter beschneiden und komfortable Investitionsbedingungen für europäische Unternehmen schaffen. Dazu gehören vor allem:

<sup>27</sup> <https://www.2030agenda.de/de/halbzeitbilanz>

- *Ausschusssysteme*, die *ohne* parlamentarische Beschlussfassung weitreichende, völkerrechtlich bindende Entscheidungen treffen können. Zusammengesetzt aus Regierungsmitgliedern der Vertragsstaaten und der EU-Kommission sind sie u.a. befugt, nichttarifäre Handelshemmnisse, wozu neben unterschiedlichen technischen Normen auch soziale und ökologische Schutzstandards gehören, zu "harmonisieren". Sie können sogar Vertragsteile ändern.
- *Ausländischen Investoren* werden *einseitige Klagerechte* gegen ihre Gaststaaten eingeräumt, die auf der Basis von Investitionsschutzkapiteln der Handelsverträge verhandelt werden. Unter dem klingenden Namen "*Investitionsgerichtssystem*" (ICS) sollen Schiedstribunale eingerichtet werden, die nach ISDS-Prinzipien arbeiten. Perspektivisch will die EU selbige "Gerichte" zu einem *Multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC)* zusammenführen und dauerhaft eine konzernfreundliche Paralleljustiz etablieren.
- Die Verträge *verpflichten zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und zur Marktöffnung der öffentlichen Beschaffung*. Das heißt u.a., dass ein Land wie Chile Aufträge zur Anschaffung von Waren und Dienstleistungen für staatliche und kommunale Stellen im Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern aus 27 EU-Mitgliedsstaaten ausschreiben und vergeben muss. Vergabekriterien, die auf die Förderung regionaler Wertschöpfung zielen, sind untersagt. Regionalen Volkswirtschaften gehen damit nicht nur große Marktanteile verloren. Es werden Staaten und Kommunen auch wichtige Möglichkeiten der klimapolitischen und sozialen Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur entzogen.
- Die Verträge sehen *zwischenstaatliche Streitschlichtungsmechanismen* vor, die Sanktionen wie Strafzölle verhängen können. Jedoch sind dadurch nur Handelsvereinbarungen und Liberalisierungsverpflichtungen geschützt. Gleichwohl sich die EU auf die Fahnen schreibt, Nachhaltigkeitsziele wie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, die Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der Biodiversität sicherzustellen, sind die betreffenden Kapitel *in der Regel* von der zwischenstaatlichen Streitbeilegung ausgenommen.<sup>28</sup> Das hat zur Folge, dass Handel und Produktion klimaschädlicher und ressourcenverbrauchender Waren angeheizt wird. Z.B. hat das CETA-Abkommen seit seiner vorläufigen Anwendung im Jahr 2017 bis 2022 eine Steigerung der europäischen Rohölimporte aus Kanada um 66 Prozent gebracht.<sup>29</sup>

Bislang hat die EU neun solcher Verträge auf den Weg gebracht.<sup>30</sup> Andere Vertragstypen wie das reformulierte Assoziierungsabkommen mit den Mercosur-Staaten wurden größtenteils angepasst. Insgesamt unterhält die EU 42 bilaterale Präferenzabkommen mit 78 Ländern. Diesen wird eine *hohe geostrategische Bedeutung* hinsichtlich der Stabilisierung von Lieferketten und der Einfuhr von Rohstoffen beigemessen. Auch will man sie nutzen, um dem „*anhaltenden Aufstieg Chinas*“ entgegenzutreten und der „*EU mit ihren Bestrebungen zur Einrichtung eines reformierten, regelbasierten Systems der globalen Handelspolitik eine weltweit führende Rolle sichern*“.<sup>31</sup>

## Der grüne Deal im Welthandel

Bestandteil dieser Bestrebungen ist der *Europäische Green Deal* als neuer „Wachstumsstrategie“, mit der man die EU bis 2050 zu einer „nachhaltigen, ressourcenorientierten und widerstandsfähigen Wirtschaft“ transformieren will.<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Lediglich im Abkommen mit Neuseeland können wenigstens Verstöße gegen das Pariser Klimaabkommen und die ILO-Arbeitsnormen können durch Handelsinstrumente geahndet werden.

Vgl. Fritz, Thomas 2024, <https://power-shift.de/klimacheck-handelspolitik/>, S. 19

<sup>29</sup> Fritz, Thomas 2024, <https://power-shift.de/klimacheck-handelspolitik/>,

<sup>30</sup> Mit UK, Kanada, Vietnam, Japan, Singapur, Neuseeland, Südkorea, Mexiko, Chile ...

<sup>31</sup> [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF)

<sup>32</sup> [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF), S. 3-4

Im Zuge dieser Strategie haben die bilateralen Abkommen der neuen Generation eine Dynamisierung erfahren. Um die für Dekarbonisierung und Digitalisierung der europäischen Wirtschaft nötigen kritischen Rohstoffe (u.a. Lithium, Graphit, Kobalt, Nickel, Mangan, Seltene Erden, Kupfer) zu sichern und Abhängigkeiten von China zu verringern, wurden ältere Abkommen mit Neuseeland, Chile und Mexiko neu verhandelt und gemäß dem CETA-Typ re-formuliert. Zugleich wurden sie mit Energie- und Rohstoffkapiteln versehen. Weitere Abkommen mit entsprechenden Kapiteln werden mit Indien, Indonesien und Australien verhandelt.

Mit der *Aufrüstung der Handelsverträge* wurde den rohstoffexportierenden Staaten ein enges Korsett angelegt. Schon die Integration von Investorenklagerechten, die auch Investitionen in fossile Energien schützen, engen deren wirtschaftlichen und klimapolitischen Handlungsmöglichkeiten empfindlich ein. In den Investitionsschutzkapiteln sind im Interesse europäischer Firmen zudem sogenannte "*Investitionsliberalisierungen*" festgeschrieben. Sie untersagen, dass Investitionen im Rohstoffbereich an Bedingungen wie Technologietransfer oder Beschäftigung einer bestimmten Zahl einheimischer Angestellter gebunden werden, die für die Entwicklung der rohstoffexportierenden Länder wichtig wären.<sup>33</sup>



Die *Rohstoffkapitel* sehen vor, staatliche Maßnahmen und Regularien, die den Wettbewerb verzerren oder den Handel behindern, im Interesse des europäischen Zugangs zu Energie und Rohstoffen abzuschaffen. In diesem Sinne diktieren sie den rohstoffreichen Staaten strangulierende Bestimmungen: So das Verbot von Import- und Exportbeschränkungen, das Verbot von Import- und Exportmonopolen (inkl. staatlicher Unternehmen) sowie das Verbot von Preisregulation im Energie- und Rohstoffbereich. Letzteres soll höhere Preise von Exportrohstoffen – etwa durch Exportsteuern oder die Subventionierung lokaler Firmen zum Aufbau einheimischer Wertschöpfung – verhindern.<sup>34</sup>

Es zeigt sich, dass Handelsverträge der EU die staatlichen Regulierungsrechte und politischen Gestaltungsspielräume der rohstoffreichen Länder massiv einschränken und den Aufbau der eigenen Wertschöpfung behindern. Es wird das postkoloniale Muster rohstoffexportierender Länder und reicher rohstoffimportierender Länder verstetigt. Neue Umweltbelastungen und soziale Kosten, die aus der unregulierten Extraktion von Rohstoffen für das "grüne" Wachstum der europäischen Wirtschaft folgen, belasten den globalen Süden. Durch Fehlanreize wie die Unterordnung von Nachhaltigkeitszielen unter Handelsinteressen, Investorenklagerechte und Investitionsliberalisierungen werden der Ressourcenverbrauch und der Klimawandel weiter angeheizt.

Was also die EU mit ihren "*Bestrebungen zur Einrichtung eines reformierten, regelbasierten Systems der globalen Handelspolitik*" betreibt, ist die Verfestigung eines neoliberalen Handelsregimes in Ländern des globalen Südens zum Zwecke europäischer Rohstoffsicherung. Damit wird zugleich das *geopolitische Interesse bedient*, den "*anhaltenden Aufstieg Chinas*" und die Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen zu reduzieren.

<sup>33</sup> Müller, Bettina (2023): [https://power-shift.de/wp-content/uploads/2024/04/PS\\_081\\_Guide\\_Handel-und-Rohstoffsicherung\\_v7\\_Web.pdf](https://power-shift.de/wp-content/uploads/2024/04/PS_081_Guide_Handel-und-Rohstoffsicherung_v7_Web.pdf)

<sup>34</sup> Müller, Bettina (ebd. S. 27)

## Protektionismus für das europäische Kapital

Als Kehrseite der neoliberalen Strangulierung des Südens zeichnet sich zugleich ein zunehmender Protektionismus ab, mit dem die EU wirtschaftsstarke Konkurrenten, insbesondere China, gegenübertritt.

Da China in der Lage ist, z.B. Windkraft- und Photovoltaikanlagen und E-Autos, bei denen Brüssel mal glaubte eine Führungsrolle spielen zu können, kostengünstiger herzustellen - bei mindestens gleicher Qualität - werden jetzt Zölle und andere Handelsbeschränkungen und sogar Importverbote verhängt. Auch bei Spitzentechnologien in der Telekommunikation werden mit vorgeschobenen Sicherheitsbedenken chinesische Konkurrenten wie *Huawei* aus dem EU-Markt gedrängt. Die Rechtfertigung der EU: Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme würden die chinesischen Firmen stärker subventioniert.

Dabei erlaubt auch Brüssel staatliche Subventionen und Vergünstigungen in verschiedenen Branchen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. So z.B. für E-Autos in der Gigafabrik von Tesla in Brandenburg, oder für die Chipproduktion von Intel in Magdeburg.

Die EU fürchtet um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und hält daher mit Protektionismus ihre schützende Hand über das europäische Kapital. Es bestätigt sich einmal mehr, dass Freihandel nur solange gilt, solange es der eigenen Wirtschaft nützt.

Auch die Abkopplung von Russland wie insgesamt die der geopolitisch motivierte Wirtschaftskrieg sind eine Absage an die Freihandelsdoktrin. Insbesondere das deutsche Kapital verliert durch den Verzicht auf billiges Erdgas aus Russland einen wichtigen Kostenvorteil, weil es jetzt das teurere und noch umweltschädlichere LNG-Gas aus USA und von Golfstaaten importiert. So schießt man sich ins eigene Knie.

Zudem ordnet sich Brüssel mit der Parole vom „Derisking“ immer mehr dem globalen Wirtschaftskrieg unter, den die USA begonnen haben, um ihre globale Hegemonie zu erhalten. Angesichts der viel engeren Verflechtung ihrer Wirtschaft mit China als die der USA, ist der Preis für die EU viel höher. Sie gehört daher auch auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet zu den Verlierern in der Auseinandersetzung um die Weltordnung. Wer sich selbst zum Vasallen des US-Imperialismus macht, darf sich nicht wundern, wenn er das Nachsehen hat.